



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Mobil: (0177) 372 6186

E-Mail: mail@christian-duerr.de

Internet: www.christian-duerr.de

Rede zum Antrag **Modellversuch zur Treibsel-Minimierung**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/1095 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Drs. 15/1347 (Einzige, abschließende Beratung)

44. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 28. Oktober 2004

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! An den Hauptdeichen Niedersachsens fallen jährlich im Mittel ca. 125 000 m³ Treibsel an. Allein beim III. Oldenburgischen Deichband wird für das Jahr 2004 mit ca. 20 000 m³ gerechnet. Dies wird wahrscheinlich allein für diesen Deichband Kosten in Höhe von 100 000 Euro verursachen.

(Björn Thümler [CDU]: Zusätzlich!)

Landesweit, Frau Kollegin Somfleth, sind es durchschnittlich Kosten von mehr als 500 000 Euro, also einer halben Million Euro, die von den Deichbänden getragen werden müssen.

Neben den jährlichen Kosten ist aber noch ein gewichtigerer Punkt zu nennen, nämlich die Deichsicherheit. Wenn das abgelagerte Treibsel an der Seeseite des Deiches die Grasnarbe beschädigt, kann der Deich selbst in Gefahr geraten. Meine Damen und Herren, das ist, glaube ich, der wichtigste Punkt. Bei der Einrichtung des Nationalparks wurde den Menschen an der Küste immer wieder versprochen, dass die Unterschützstellung nicht auf Kosten der Deichsicherheit gehen würde.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, gerade deshalb ist man so enttäuscht, dass die alte Landesregierung das Problem nicht annehmen wollte, sich dem Problem nicht stellen wollte und es schlicht und einfach ignoriert hat.

Wenn es parlamentarisch möglich wäre, dann wäre das eigentlich der richtige Zeitpunkt, eine mündliche Anfrage an die SPD-Fraktion zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

Die Grünen sind natürlich wieder einmal reflexartig gegen den vorgeschlagenen Modellversuch. Es ist schon ein wenig verdächtig, wenn man nicht einmal den Versuch unternehmen will, eine solche extensive Bewirtschaftung auszuprobieren, um die Ergebnisse später genau analysieren zu können.

(Beifall bei der FDP)

Da kommt einem der Gedanke, dass Sie hier ein positives Ergebnis fürchten. Ich glaube, so ist es auch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es reicht eben nicht aus, immer nur zu sagen, wie es nicht geht. Alle sind sich darüber einig - so habe ich Frau Rakow eben auch verstanden -, dass Treibsel ein Problem ist. Sie wissen genau, dass die Einrichtung - der Kollege Thiele hat das vorhin schon erläutert - von Treibselräumwegen weder überall möglich und schon gar nicht überall finanzierbar ist. Es gibt also ernsthaft keine Alternative dazu, das Treibsel von Anfang an zu vermeiden. Die eine Seite macht dazu konstruktive Vorschläge, und die andere Seite hebt einfach nur mahnend den Finger. Das passt zu dem, was wir hier gestern über die Grünen im Landtag gehört haben. Haben Sie - die Frage richtet sich insbesondere an die Fraktion der Grünen - eigentlich schon einmal mit den betroffenen Deichbänden gesprochen?

Es ist hier vorhin gesagt worden, es ginge nur um ein Placebo - ich glaube, von Frau Rakow. Angesichts dessen frage ich mich ernsthaft, warum denn die betroffenen Deichverbände für die Modellversuche sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die drei vorgeschlagenen Formen der Bewirtschaftung des Deichvorlandes stoßen dort nämlich auf positive Resonanz. Die einmalige Mahd, die Bewirtschaftung durch Rinder und die Bewirtschaftung durch Schafe im Rahmen eines Modellversuches werden zu Ergebnissen führen, die uns einer Lösung des Treibselproblems zumindest näher bringen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 44. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 03.11.2004